

Vöhringen braucht kein islamisches Zentrum!

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Vöhringen,

Nachdem sich die Wogen anlässlich der Ereignisse am 26. Februar wieder geglättet haben, wollen wir als NPD-Kreisverband uns erneut mit einem Flugblatt an Sie wenden, um einige Dinge klarzustellen.

An jenem 26. Februar fand im Wolfgang-Eychmüller-Haus der Bezirksparteitag der NPD Schwaben sowie eine gutbesuchte Informationsveranstaltung zur geplanten Moschee statt. Gleichzeitig demonstrierten die Gegner der NPD in der Innenstadt. Die Reaktionen der Politik und vor allem der Presse haben uns veranlaßt, einige Punkte aus unserer Sicht klarzustellen.

Dichtung und Wahrheit

Mehrmals wurde von der Presse im Vorfeld behauptet, die NPD hätte sich das Eychmüller-Haus unter falschen Behauptungen und arglistiger Täuschung erschlichen.

Fakt ist: Ein Funktionär der NPD hat die Lokalität angemietet und als Anlaß zunächst eine Studienabschlußfeier vorgeschoben. Noch während des Gesprächs gab er sich als Vertreter der NPD zu erkennen und mietete das Eychmüller-Haus für die Partei an. Die „Täuschung“ hatte also nur wenige Minuten Bestand.



Wie wir in mehreren Pressemitteilungen ausführlich dargestellt haben, ging es bei diesem „Taschenspielertrick“ einzig und allein darum, eine Einsicht in die freien Termine zu bekommen. Wir als Nationaldemokraten haben bereits bei mehreren Stadtverwaltungen erlebt, wie hier getrickt und gelogen wird, um eine Hallenanmietung durch die NPD zu verhindern. In Günzburg wurden wir beispielsweise 14 Monate lang mit Lügen und Falschmeldungen hingehalten, bis wir endlich über den Gang zum Verwaltungsgericht das Stattfinden unserer Veranstaltung erzwingen konnten!

Auch im Beispiel Vöhringen hat uns der Verlauf der Ereignisse im Nachhinein rechtgegeben: Unmittelbar nach der Anmeldung durch die NPD hat der Stadtrat das Eychmüller-Haus unter fadenscheinigen Vorwänden für politische Parteien gesperrt. Doch das Obergericht in München hat dieses scheinheilige Vorgehen nicht akzeptiert und der NPD den Weg in die Halle freigeräumt.

Die Presse hat dem Leser suggeriert, daß die Provokationen am 26. Februar von der NPD ausgegangen seien. In einer Bildunterschrift der NUZ heißt es: „Wenn die Rechten zum Rauchen rausgingen, gab es schon mal Provokationen.“

Voehringen braucht kein islamisches Zentrum!

Fakt ist: Die Pöbeleien gingen an diesem Tag vom linksautonomen Lager aus, das sich in die Gegendemo einreihete. Doch auch unsere bürgerlichen Gegner suchten die Konfrontation. So plante der SPD-Stadtrat Volker Barth zunächst, die Kundgebung am Hettstedter Platz abzuhalten. Die Polizei betonte jedoch, daß dies aus Sicherheitsgründen nicht möglich sei und so mußten die Anmelder ihre Pläne über den Haufen werfen. Später stellte sich Barth selbst als den Vernünftigen hin und äußerte, er habe der Konfrontation stets aus dem Weg gehen wollen.

Daß es an diesem Tag eines Polizei-Großaufgebotes bedurfte, sei die Schuld der NPD. Die Südwest-Presse titelte unterschwellig: „NPD: Polizei ist stark vertreten“. Grünen-Stadträtin Gundula Grube forderte, der Polizeieinsatz sollte von der NPD bezahlt werden!

Fakt ist: In den letzten vier Jahren fand der NPD-Bezirksparteitag immer in verschiedenen Gaststätten in Augsburg statt. Es kam zu keinem einzigen Zwischenfall und die Polizei war noch nicht einmal mit einem Streifenwagen anwesend. Als die NPD 2003 in Senden eine Demonstration mit 80 Teilnehmern abhielt, war gerade einmal ein Streifenwagen vor Ort. Die Bereitschaftspolizei rückt bei NPD-Veranstaltungen generell nur an, wenn sich Gegenveranstaltungen ankündigen.

Es wurde behauptet, daß an diesem Tag von beiden Seiten Straftaten ausgegangen seien.

Fakt ist: Von Seiten der Gegendemonstranten gab es eine Sachbeschädigung (eine zerstörte Windschutzscheibe), eine Beamtenbeleidigung und einen Fall des Zeigens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Ein Demonstrant machte den „Hitlergruß“). Dagegen trat kein Besucher der NPD-Veranstaltung strafrechtlich in Erscheinung. Der Platzverweis gegen eine zehnköpfige Gruppe von NPD-Anhängern war rein präventiv und keine Folge von begangenen Straftaten. Im Polizeibericht heißt es dazu: „Um hier möglichen Provokationen vorzubeugen, wurden die zehn Personen des Platzes verwiesen.“

Wer die Diskussion will – und wer nicht

Die Presse schrieb, wir hätten die freie Diskussion unterdrückt. Die SWP schrieb wörtlich: „Wir haben auch Rechte“, ruft eine junge Türkin. Winkler droht, sie im Wiederholungsaal aus dem Saal werfen zu lassen.“

Fakt ist: Daß der NPD-Vorsitzende die Dame im gleichen Atemzug gebeten hat, ihre Einwände in der anschließenden Diskussion vorzubringen und daß sie sich in der Diskussion nicht zu Wort gemeldet hat, verschwieg die Presse. Ebenso keine Silbe davon, daß kein einziger der anwesenden Stadträte und Pressevertreter bei der Diskussion das Wort ergriff! Es wird wie immer über die NPD geredet, aber nicht mit ihr.

Die Presse unterstellte der NPD „Hetze gegen die Moschee“ und „Angstmache“.

Voehringen braucht kein islamisches Zentrum!

Fakt ist: Kein einziger der Stadträte, Redakteure und Redner der Gegendemo konnte die NPD in der Sache widerlegen – nicht einmal der „Rechtsextremismus-Experte“ Florian Ritter, der auf der Demonstration sprach. Der Inhalt unserer Flugblätter, Pressemitteilungen und der Redebeiträge bestand aus belegbaren Tatsachen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Doch anstatt sich inhaltlich mit der NPD auseinanderzusetzen, beschränkten sich die Schreiber der beiden Lokalzeitungen lieber auf die Erwähnung von höchst lächerlichen Kleinigkeiten, etwa, daß beim Bezirksparteitag kaum Frauen anwesend gewesen seien (was nicht stimmt, 8 von 36 wahlberechtigten Mitgliedern waren Frauen) und daß der Redner Karl Richter „ins Mikrofon gebrüllt“ hätte! Unseren Argumenten aber weicht man aus und spricht plump von „Hetze“. Das ist nichts Neues für unsere Partei.

Ja zum NPD-Verbotsverfahren!

In seiner 60-minütigen Ausführung sprach der NPD-Kreisvorsitzende auch die Forderung nach einem Verbot der NPD an, die so regelmäßig wiederkehrt wie das sprichwörtliche Marmeltier und die der bereits genannte Florian Ritter bei seiner Rede wiederholte.

Wir als Nationaldemokraten sind es leid, ständig mit dieser leeren Drohung konfrontiert zu werden und sprechen deshalb in aller Deutlichkeit aus: **Wir bitten um die Eröffnung eines Verbotsverfahrens gegen unsere Partei!** Denn es gibt keinen Grund, weshalb ein neues Verfahren anders ausgehen sollte als das letzte, das im März 2003 scheiterte. Es kann gar nicht deutlich genug betont werden, daß das Verbotsverfahren von 2003 nicht etwa aus „formalen Gründen“ scheiterte, wie die Presse fälschlicherweise immer wieder behauptet hat. Vielmehr wurde das Verbotsverfahren vom Bundesverfassungsgericht eingestellt, weil es für das Gericht nicht möglich war, zu unterscheiden, welcher Anteil des Beweismaterials tatsächlich auf das Konto von NPD-Mitgliedern geht und wo V-Leute des Verfassungsschutzes im Namen der NPD Straftaten begingen. Dazu der Jura-Professor Uwe Wesel, FU Berlin: **„Es ist nicht das erste Mal, daß der Verfassungsschutz seine ‚Beweise‘ selbst produziert.“** Das Verbotsverfahren scheiterte, weil sich die Herren Beckstein und Schily konsequent weigerten, dem Gericht die Namen derer zu nennen, die auf den Gehaltslisten der Inlandsgeheimdienste standen. Aus gutem Grund: **Im Laufe des Verfahrens stellte sich heraus, daß von den gut drei Dutzend Gewalttaten, die der NPD zur Last gelegt wurden, ALLE von V-Leuten begangen bzw. im Hintergrund eingefädelt wurden!**

Von wem geht die Gewalt aus?

Dazu einige Stimmen von Personen, die keine Rechtsextremisten sind:

„Erfreulicherweise ist im Herbst 2009 eine umfangreiche Studie der Technischen Universität Berlin zum Thema ‚rechte Gewalt‘ erschienen. Diesem Forschungsbericht (...) zufolge handelt es sich um ein relativ kleines Problem. (...) Der Anteil der rechts-motivierten



Voehringen braucht kein islamisches Zentrum!

Gewalttaten liegt bezogen auf die Gesamtheit der Gewaltkriminalität in Berlin und im Übrigen auch in Hamburg bei 0,2 Prozent.“ Kirsten Heisig (gest. 2010), ehemalige Richterin, in ihrem Bestseller-Buch „Das Ende der Geduld“

„Es gibt bei Mitbürgern, insbesondere bei jungen Menschen ausländischer Herkunft, keinen Respekt mehr vor der Staatsgewalt.“ Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Janson: „Keine Großmoschee in Vöhringen!“

Für uns ist das Resümee aus dieser Veranstaltung zweideutig. Einerseits war es ein voller Erfolg, daß die Informationsveranstaltung so gut besucht war. Der Saal faßte nur 104 Personen und war übertoll. Teilweise mußten NPD-Mitglieder den Platz räumen, um Bürgern den Zugang in den Saal zu ermöglichen. Wir waren selbst von dem großen Andrang überrascht. Auch der große Zuspruch am Infostand, der am Vormittag stattfand, zeigte uns deutlich: **Die Mehrheit der Vöhringer Bürger will keine Moschee!** Dennoch kam es durch unser Eingreifen in die Debatte auch so, wie es in dieser antifaschistischen Gutmenschen-Republik kommen mußte: Das eigentliche Thema, der geplante Moscheebau, ist völlig aus dem Blickwinkel gerückt und es scheint nur noch darum zu gehen, wer sich am lautesten vor den bösen Rechtsextremisten distanziert. Nicht auf die Meinungen und die Argumente kommt es an, sondern darauf, ob diese Meinung als rechtsradikal verunglimpft werden kann. Am Rande der Veranstaltung kam es noch zu einer faustdicken Überraschung. Im Gespräch mit mehreren NPD-Mitgliedern im Anschluß an die Redebeiträge sagte der Bürgermeister Janson wörtlich: **„Es wird in Vöhringen keine Großmoschee geben!“** Wir werden Sie beim Wort nehmen, Herr Bürgermeister!

Info-Gutschein

- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahren)
- Schicken Sie mir Infomaterial über die NPD
- Schicken Sie mir kostenlos das Plakat „Nein zur Moschee“
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch

Name, Vorname	Alter
Straße	
PLZ, Ort	
ePost	
Telefon	

Kontakt: NPD Neu-Ulm/ Günzburg
Postfach 1415, 89204 Neu-Ulm
Tel. 0160/5818998
Internet: www.npd-neu-ulm.de,
E-Mail: npd-neu-ulm@web.de